

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich  
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark  
auswärts. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postanstalten angenommen. Im  
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter  
„Sozial-Zeitungen“ eingetragen. Für un-  
verlangt eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellen-  
angabe „Sozial-Zeitung“ gestattet.  
Zentrum der Schriftleitung Nr. 1146,  
der Postverwaltung Nr. 1146,  
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Abend-Ausgabe.

# Sozial-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigen**  
werd. 3. 7. 1918. 30mm Br. Kolon-  
nellen od. 3er. Raum mit 30 Pf. u.  
10 Pf. Zuschlag berechnet und in un-  
f. Raum verfahren u. allen Anzeigen-  
geschäftsbedingungen. Zeilen die 75 mm  
breite Zeile 1 Mr. u. 10 1/4 Zuschl.  
Anzeigen - Annahmefrist vom  
11 Uhr, für die Sonntags-Dr. od. 6  
Uhr. Abstellungen, soweit zulässig,  
müssen schriftlich erfolgen.  
Erfüllungsort: Halle. Erscheinung  
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-  
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,  
Bismarckstr. 12. Gr. Geschäfts-  
hansl. 17. Neben-Geschäftsst. 1  
Markt 24 und Große Ulrichstr. 22.

Nr. 206.

Halle, Freitag, den 3. Mai.

1918.

## Weiterer Vormarsch im Osten.

Einmarsch in das Donez-Gebiet. — Taganrog am Asowschen Meer besetzt.

### Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier. 3. Mai 1918.  
Militärischer Kriegsjahresplan.

Am den Schlachtfeldern lebte der Artilleriekampf in  
einzelnen Abschnitten auf. Starke Feuerwirkung folgten  
feindliche Teilangriffe südlich von Rillers-Bretouneung und  
auf dem Westufer der Aare. Im Gegenzug machten wir Ge-  
langungen. Im übrigen beschränkte sich die Infanterie auf Er-  
kundungen.

Am der lothringischen Front hielt regere Tätigkeit das  
Feindes an.

Oden.  
Ukraine.

Aus der Linie Jelezowaslaw-Scharow sind wir in das  
Donez-Gebiet einmarschiert. Am Asowschen Meer haben wir  
Taganrog besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendowski.

### Die tägliche U-Boot-Strecke.

Berlin, 2. Mai. (Amtlich.) Auf dem westlichen  
Kriegsjahresplan wiederum

19 000 Bonto-Regierer. Tonnen

verrichtet.

Zwei Dampfer wurden im Vermekanal aus fast ge-  
hötzten Geleiten herausgehoben.  
Zwei Dampfer, die sich auf dem Weg zum englischen  
Kriegsjahresplan (175 Br. u. L.) und der englische  
Kriegsjahresplan (175 Br. u. L.) befanden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

### Englischer Schwindler.

Amsterdam, 3. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Wir hol-  
ländische Blätter mitteilen, macht sich die Northcliffe-Presse  
die günstig unterbrochene Drahtverbindung mit Petersburg  
zunutze, um in der Welt zu verbreiten, daß die russische Re-  
gierung neue Vorkehrungen treffe, um ein neues Heer in  
Rüze zusammenzustellen. Wie man an unterirdischer Stelle  
wissen will, ist in Rußland wohl eine Heeresorganisation im  
Gange, die aber nur den Zweck hat, dem Schutze der Sowjet-  
regierung zu dienen.

### Was geht in Rußland vor?

Basel, 3. Mai. (Privattelegramm.) Der Korrespondent  
der „Daily Express“ meldet aus Petersburg: Rußland scheint  
sich auf die Wiederaufnahme des Krieges vorzubereiten.  
Der Volksgesundheitsrat der Sowjets von ganz Rußland, der  
in Moskau tagt, billigt das Programm von Trotzki bezüglich  
der militärischen Ausbildung aller Männer  
zwischen 16 und 40 Jahren, sowie bezüglich der Rekrutierung  
aller Bauern und Arbeiter. Die frühesten Militärs sind die  
besten höheren Offiziere sind bereits einberufen, um bei der  
Schaffung der neuen Armee mitzuwirken. Man glaubt,  
daß die Schaffung einer sehr starken Armee inner-  
halb von 10 Monaten erfolgen wird. Die Vertreter Groß-  
britanniens, der Vereinigten Staaten und Japans wohnen der  
Versammlung bei. Wenn der Krieg noch bis zum  
nächsten Frühjahr fortdauere, werde Rußland neuerdings  
Millionen von Soldaten brauchen, um sich zu verteidigen.

### Erzählungen russischer Flüchtlinge.

Stockholm, 3. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Schwedische  
Blätter berichten, daß die Drahtverbindungen mit Petersburg  
widerbrochen sind und es deshalb unmöglich ist, jetzt  
über die dortige Lage richtige Informationen zu erhalten.  
Flüchtlinge aus Rußland behaupten, daß es den Russen  
habe, als wollten die Züge der letzten Nachschubtruppen  
entgleiten und hätten es für nicht unmöglich, daß es den Ru-  
manows gelinge, wieder die Macht in die Hände zu bekommen.

### Die Lage bei Ypern.

#### Entscheidung in den nächsten Tagen.

Basel, 3. Mai. (Privattelegramm.) „Morning Post“  
meldet von der Flandernfront: Die Lage bei Ypern muß  
sich in den nächsten Tagen entscheiden. Die Angriffsoperationen  
auf beiden Kampffronten sind deutlich zurückgegangen. Weder  
Ypern freiwillig preisgegeben, so werden wir hinter Ypern  
neue Verteidigungsstellungen beziehen. Bis die Zeit zu unserem  
Vorgehen gekommen sein wird. Die „Times“ melden das

### Eintreffen amerikanischer Truppenabteilungen an der Spaan- front.

#### Englands Hoffnungen zur See.

Amsterdam, 3. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Den-  
haag werden holländische Blätter: „Dain Haget“ gibt der  
Meinung Ausdruck, daß der Krieg in diesem Jahre noch nicht  
beendet sein kann. Wenn Deutschland auch mit den  
Waffen einmal der Sieger sein werde, so wird es ihm doch  
in aller Zukunft unmöglich sein, jemals die Macht auf dem  
Meere an sich zu reißen. England wird ihm in dieser Be-  
ziehung immer überlegen sein.

#### Portugal kann keine Truppen mehr schicken.

Amsterdam, 3. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Aus  
London wird gemeldet: „Dain Haget“ berichtet, daß seit mehr  
als drei Monaten keine portugiesischen Truppen mehr auf  
dem westlichen Kriegsjahresplan eingetroffen sind. Wie es  
heißt, soll die portugiesische Regierung auch der Entente  
gegenüber geäußert haben, daß sie nicht mehr in der Lage sei,  
Truppen zur Verfügung zu stellen.

#### Womit sich die Entente vertraut macht.

Kopenhagen, 3. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) „Da-  
gers Nyheter“ berichten aus London: In holländischen Kreisen  
äußert man, daß die Entente sich bereits mit dem Gedanken  
der Befreiung Ypern durch die Deutschen vertraut gemacht  
habe und bereits über die nötigen Gegenmaßnahmen berät.  
Es soll angedeutet worden sein, daß sofort nach der Befreiung  
Ypern der ganze übrige belgische Küste bis zur See unter Wasser  
gesetzt werden wird, so daß ein weiteres Vordringen der Deut-  
schen unmöglich gemacht wird.

#### Furcht vor einem Abfall Amerikas.

Amsterdam, 3. Mai. (Privattelegramm.) In der  
„Londoner Times“ mehren sich die Stimmen, die befürchten,  
daß die amerikanische Hilfe nicht mehr rechtzeitig kommt.  
Sidney Low erklärt, Englands Volk müsse sich vergegen-  
wärtigen, nicht mehr mit der Kriegsteilnahme Amerikas  
rechnen zu können. Aus Furcht vor deutscher Bedrohung  
wurde laut Savas in Dünkirchen ein großer noch im Bau be-  
findlicher Transportdampfer von 19 000 Tonnen eiligst vom  
Stapel gelassen und nach Cherbourg gebracht.

#### Die Kriegslage im Lichte eines Engländers.

WTB. Bern, 3. Mai. Gardiner schreibt in der „Daily  
News“ zur Kriegslage: Der Feind hat einen Erfolg erzielt,  
an den hier vor zwei Monaten niemand im  
Traume gedacht hätte. Wir hielten die britische  
Front für unüberwindbar. Sie wäre es vermutlich gewesen,  
wenn die britische Abwehr sich durchgesetzt hätte. Die  
Niederlage der 5. Armee hat den Feind in Schwere ge-  
bracht. In Schwere gebrachte die Niederlage der Por-  
tugiesen in Schwere gebrachte und Schwere. Wir  
wollen uns nicht der Selbsttäuschung hingeben, daß wir plan-  
mäßig zurückgegangen sind und nicht im Rahmen der Strategie  
die 5. Armee in wenigen Tagen 30 Meilen unter Verlust von  
10 000 Gefangenen und unter Aufgabe der Höhen, die die  
Engländer in achtmonatiger Schlacht ertritten hatten, zurück-  
ging. Sie wurde von der Übermacht übermächtig und mußte  
zurückgehen, wobei ich von der höheren Führung gar nichts  
sage. Auch sind die Portugiesen nicht geflohen, um den Feind  
in eine Falle zu locken, sondern aus viel primitiveren Grün-  
den. Abgesehen von dem Frontabschnitt des Bimbrändens  
sind wir von den Höhen hinuntergeritten worden. Die  
viele Basislinie unterhalb der Höhen-Sagel, welche die  
französischen Armeen mit dem britischen und viele wiederum  
mit der Hilfe verdrängt, ist in schwerer Gefahr. Der Feind  
heißt auf dem Kamm, dem ersten der Berge, deren Besitz  
wichtigste Angelegenheit der nördlichen Front zur Folge  
haben würde. Dabei würde der ohnehin schon eingeengte  
Manöverraum bei einem weiteren Geländeverlust die  
doppelt verwickelte Operation des Kampfes und Rückzuges  
anherberendlich erschweren.

#### Deutsche in Indien vertriebt.

Rotterdam, 3. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Aus  
Washington erfahren holländische Blätter: Unter den Ver-  
hafteten in der besetzten indischen Provinz sind in Indien  
angezogen zu haben, befinden sich auch die Deutsche. Sie  
würden zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt.  
(Letzte Depeschen siehe auf Seite 3.)

### Die Vorgänge in der Ukraine.

Das deutsche Volk ist wieder einmal überfallen worden.  
Es glaubte, daß sich in der Ukraine alles schon nach den  
Wünschen der Beauftragten der deutschen Regierung ent-  
wickelt. Es liegen sich große Hoffnungen hegen über die  
Getreidelieferungen aus der Ukraine, mit denen Waldow  
Vorräte in Deutschland aufgerichtet werden sollten. Man  
hatte sich wieder einmal ohne allzu großes Aufgebot von  
Kaschenslichkeit in das Traumland begeben, aus dem wir  
jetzt durch die jüngsten Ereignisse mit rauher Hand in die  
Wirklichkeit gerissen worden sind. Und doch konnten diese  
Nachrichten aus der Ukraine gar nicht einmal überausend  
sein. In West-Litow kam es vor Monaten darauf an,  
einen Frieden zu schließen und die erste Befreiung in den  
Ring unserer Feinde zu reißen. Man dachte an die Rück-  
wirkung auf das sogenannte Großputzland und prüfte nicht  
die Frage, ob die ukrainischen Unterhändler denn auch wirk-  
lich die Vertreter einer genügenden und einigermaßen zu-  
verlässigen Mehrheit in dem im Entstehen begriffenen Staate  
waren. Die erste Kiener Kaba wurde bald von den groß-  
russischen Volkswesten verjagt und besetzte der deutschen  
Hilfe, die von den Betreibern erbeten wurde. Erst mit  
dieser Hilfe war die Rückkehr der Kaba nach Kiew möglich.  
Der innere Haß der Kaba war auch dann noch ein so  
schwach, daß von einem „Regieren“ kaum die Rede sein  
konnte. Für die Zentralmächte mußte es vor allen Dingen  
auf eine Sicherung des „Profiteurs“ — ein Wort, das  
von einem übertriebenen Staatsmanne stammt — an-  
kommen. Deshalb, nicht um in die inneren Parteistreitig-  
keiten der Ukraine eingreifen, war die Befreiung und  
Herstellung leidlich geordneter Zustände in der Ukraine auch  
für deutsche Truppen dringendes Erfordernis.

Wie fast immer während des Krieges wurden wir schlecht  
unterrichtet. Wenn das deutsche Volk etwas über die Vor-  
kommnisse außerhalb Deutschlands, d. h. in den von uns be-  
setzten Gebieten, erfahren wollte, dann bedurfte es neutraler  
oder sogar feindlicher Quellen. Man war bei den Neutralen  
oder bei unseren Feinden über die besetzten Gebiete immer  
besser unterrichtet wie bei uns im Deutschen Reich. Das  
war wesentlich dazu bei, daß im Volke vielfach falsche An-  
schauungen hervorgerufen wurden, die dann stets zu Ent-  
täuschungen führten, wenn die wirkliche Situation bekannt  
wurde. Niemand wird behaupten wollen, daß dies ein  
idealer Zustand ist. Aber unsere Bureaufakt hat sich nun  
einmal in das ihr eigene System berart verfallen, daß  
während des Krieges eine Änderung solcher Zustände nicht  
mehr erfolgen wird. Wir müssen uns mit den liebigen Tat-  
sachen abfinden, daß wir eines Tages immer wieder vor  
„Überfallaktionen“ stehen. So sind wir jetzt damit über-  
zählig worden, daß es innerhalb der ukrainischen Regierung  
zu Quertreibungen kam, die sich gegen die Zentralmächte  
richteten. Diese Quertreibungen mußten unjährlig gemacht  
werden. Das war selbstverständliche Pflicht der Deutschland  
in Kiew vertretenden militärischen und zivilen Instanzen.  
Die Unterbindung solcher Quertreibungen war um so wich-  
tiger, als es sich um die Befreiung der Auslast und ähnliche  
Dinge handelte, die auch für die Durchführung des in West-  
Litow geschlossenen Friedens von Bedeutung sind. Denn  
wir wollen doch nicht übersehen, daß die Lieferung von be-  
stimmten Mengen von Lebensmitteln gerade zu den Be-  
dingungen von West-Litow gehörte. Diese Bedingungen  
sind schließlich auch die Ursache, daß die Ukraine zu einem  
Frieden kam, wie er sonst nicht denkbar gewesen wäre.  
Die Einzelheiten der Quertreibungen gegen eine geordnete  
Frühjahrsbefreiung sind nicht bekannt und lassen sich aus  
der Ferne ohne genauere Unterlagen nicht beurteilen. Des-  
halb ist es auch verfehlt, wenn einzelne Blätter etwas vor-  
eilig gegen die deutsche Vertretung in Kiew Stellung nehmen.  
Energie und Klugheit sind zugleich erforderlich, um die  
deutschen Interessen in der Ukraine genügend zu schützen.  
Und da will es uns immerhin bedenklich erscheinen, wenn  
heute die Verhaftung namhafter Persönlichkeiten in Kiew  
gemeldet wird, während der Telegraph schon am nächsten  
Tage die Freilassung meldet. Wenn wir uns in der Ukraine  
Vertrauen erwerben wollen, wenn der junge Staat wirklich  
zu etwas wie ein Pufferstaat werden soll, dann dürfen heute  
keine das größte Äußerste erregenden Maßnahmen getroffen  
werden, die schon morgen widerrufen werden müssen. Wenn  
die Sicherung des Profiteurs von unüberwindlichen geordnet  
und die wir zur Stunde noch nicht überblicken können, Ver-  
haftungen vorgenommen werden, dann sollte die gebotene

Heftigkeit und Stetigkeit eine Freilassung schon am folgenden Tage verbot. Der Haß ist ein innerer Widerspruch, den man beschreiben kann, auch ohne über Einzelheiten orientiert zu sein.

Die zweite Ueberrassung innerhalb 24 Stunden war der Sturz der bisherigen ukrainischen Regierung mit ihren ungewöhnlich sozialistischen Tendenzen. Der gewöhnliche Sturz hätte nach dem Verlaufe des letzten Wogens angenommen, daß das Regiment der Kiener Rada befestigt werden würde. Man dachte an das ständige und schnelle Vordringen der Rada, sowie an die Verteilung kollektivistischer Bänder und um daraus schließend den Schluß, daß diese ganze Arbeit der Kiener Rada zugute komme. Das ist offenbar ein Irrtum gewesen. Die Bewegung der Bauern in der Ukraine ist immer härter geworden, so daß schließlich nach Straßentämpfen, bei denen die deutschen Truppen unbeteiligte Zivilisten waren, die alte Rada befestigt werden konnte. Ausdrücklich wird deutscherseits betont, daß die vorgenommenen Verhaftungen in keinem Zusammenhang mit dem Sturz der Regierung liegen, die deutsche Vertretung steht entschieden auf dem Standpunkte der Nichtbeteiligung in die inneren Parteikämpfe des Landes. Von der neuen Regierung, an deren Spitze angeblich ein General mit einem unbekanntem Namen stehen soll, ist bisher so viel bekannt geworden, daß sie sich auf den Boden der Befähigung und Abmahnungen von West-Militärs stellen will. Wir hoffen diese Hoffen auf, daß die neuen Maßnahmen die größten Mithaltungen machen, damit die ukrainischen Verhaftungen gegenüber den Zentralmächten gar keinen Erfolg finden können.

Der Hauptausfluß des Reichstags wird sich am morgigen Sonnabend mit den Vorkämpfern in der Ukraine befinden. Wir wollen hoffen, daß bei dieser Auseinandersetzung, bei der auch der Reichstagspräsident zugegen sein dürfte, Klarheit geschaffen wird, die die allmählich immer härter werdende Verjagung über die Lage im Osten zu beilegen geeignet ist. C. H.

### Bestimmungen zur Ablehnung des gleichen Wahlrechts.

Berlin, 3. Mai. Zur geistigen Ablehnung des gleichen Wahlrechts im Abgeordnetenhaus sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Es ist von der Regierung gefordert worden, daß sie schon jetzt das äußerste Mittel, nämlich die Aufhebung des Abgeordnetenhausgesetzes, anwenden solle. Der Vizepräsident des Staatsministeriums hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Regierung ernstlich geneigt ist, diesen Weg grundsätzlich zu beschreiten. Die Aufhebung ist aber doch nur ein letztes Mittel, das nur dann angewendet werden darf, wenn es einen anderen Weg, das Ziel zu erreichen, nicht gibt.

Die „Allg. Ztg.“ glaubt nicht, daß die wahrhaft konstitutionellen Darlegungen des Herrn v. Kardorff auf die Rechte Eintrag gemacht hätten. Die Rechte im Abgeordnetenhaus müßte mit der Aufhebung, ins Volk zu gehen und eine Volkspartei zu werden, nichts anfangen. Das aber auch einige konstitutionelle Kräfte sich finden lassen, die auch an demselben von Liebermann denken. Sowie die Tatsache, daß im Reichstag eine große Anzahl von Mitgliedern sich bereits auf dem Boden des gleichen Wahlrechts gestellt habe.

Die „Germania“ meint: Wie die ganze Abstimmung, so hat auch die Stellung der einzelnen Parteien keine Ueberzeugung gebracht. Es sei nicht ganz überflüssig, noch einmal hervorzuheben, daß die gefasste Stellungnahme der Zentrumspartei keineswegs eine definitive sei. Das Wort hätte die Rede des Hrn v. Kardorff für das eigentliche Ereignis des Tages. Sie habe von einer echt parlamentarischen Stellungnahme gezeigt und sei von jenen konstitutionellen Kräfte getragen, den man als wirklich staatsrechtlich anerkennen müßte.

### Die „Sicherungsanträge“ des Zentrums Was alles in der Verfassung verankert werden soll!

Das Zentrum hat nunmehr die angekündigten Anträge zur Sicherung gegen die Verletzung der Reichswahlrechte eingebracht. Sie haben folgenden Wortlaut:

1. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: dem § 24 Absatz 4 folgende Fassung zu geben: „Im übrigen wird die Abgrenzung der Wahlbezirke oder die Verteilung der Abgeordneten auf die durch Gesetz geändert, wobei in jeder Kammer eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln erforderlich ist.“
2. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: folgenden Artikel 4 vor Artikel 1 zu setzen: „Der Artikel 14 der Verfassungsurkunde erhält folgende Fassung: „Die nach der gegenwärtigen rechtlichen Ordnung des Verhältnisses des Staats zur europäischen und völkervertraglichen Verträge dieser Staaten zu übernehmenden Verbindlichkeiten werden dauernd aufrechterhalten.“
3. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: folgenden Artikel 6 vor Artikel 1 einzufügen: „In die Verfassungsurkunde wird folgende Artikel 15 eingefügt: „Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgemeinschaft, bleiben im Besitz und Genuß der für ihre Kultus, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds, sowie der durch Gesetz oder Vereinbarung festgestellten finanziellen Zuschüsse.“
4. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: folgenden Artikel 6 vor Artikel 1 einzufügen: „Der Artikel 26 der Verfassungsurkunde erhält folgende Fassung: „Der konstitutionelle Charakter der öffentlichen Volksschulen wird durch die Bestimmungen des Gesetzes, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen vom 25. Juli 1906 (Gesetzsammlung S. 335) gewährleistet.“
5. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: in Artikel 2, Abs. 4 die Satz 2 und 3 wie folgt zu fassen: „Tritt die Erste Kammer dem Beschlusse der Zweiten nicht bei, so findet nach voranzugehender Beratung in einem aus Mitgliedern beider Kammern gebildeten Verhandlungsausschusse die für beide Kammern verbindliche Abstimmung über den Vorschlag in einer vereinigten Sitzung beider Kammern statt. Nach dieser einstimmigen Beschlußfassung wird in jeder der beiden Kammern über den Gesetzentwurf abgestimmt.“
6. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: folgenden Artikel 6 einzufügen: „Der Artikel 107 der Verfassungsurkunde erhält folgende Fassung: Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Beschaffung geändert werden, wobei für jede Veränderung der Bestimmungen des Titels II „Von den Rechten der Bundesräte“ in jeder Kammer eine Stimmenmehrheit von 2/3 erforderlich ist.“

## Die Wechselstempel- und Umsatz-Steuer im Ausschuss.

Gegen Verkehrssteuern — Unveränderte Annahme der Vorlage über die Änderung des Wechselstempelgesetzes — Die Besteuerung der Leistungen durch das Umsatzsteuergesetz.

Der Hauptausschuß begann die Beratung der Ueberänderung des Wechselstempelgesetzes. Abg. Reil (So.) erstattete hierüber Bericht und betonte, daß die finanzielle Bedeutung der Vorlage ganz gering sei. Die Erhöhung der einzelnen Sätze entsprechen kaum der Entwertung des Geldes. Die Entwertung seien gegen diese Vorlage so gut wie nicht erhoben worden; eine Beunruhigung habe sie also anheimeln nicht hervorgerufen. — Geheimrat Hoffmann aus dem Reichshaus erläuterte als den Zweck der Vorlage, daß die in ihr enthaltene neue Staffelung aus technischen Gründen erfolge. Man wolle vermeiden, zu Kleinigkeiten zu kommen. — Abg. Bernstein (U. So.) sagte grübelnde Gegen jeder Verteuerung des Wirtschaftslebens lehnen wir das Gesetz ab.

Abg. Walchlein (Sp.): Auch wir sind Gegner einer Belastung des Verkehrs.

fügen uns aber in die Notwendigkeit. Die Beratung der Begründung der Vorlage auf die Entwertung des Geldes ist unzureichend. Die vorgeschriebene Entwertung der Wechselstempelmarke hat zu allerlei Beschwerden geführt, deren Zahl noch wachsen wird, wenn die Entwertung auch auf die Banco-Wechsel ausgedehnt wird.

Geheimrat Hoffmann: Der Wunsch nach einer Vereinfachung der Entwertungsordnungen ist alt und zum Teil durchaus berechtigt. Es handelt sich aber hierbei unter Umständen um große Beträge, so daß man Vorschläge vorzuziehen hat, die den Staat nicht belasten. — Abg. Reil (So.): Der Wechselstempel trifft in der Hauptsache die kapitalistischen Kreise; wir stimmen der Vorlage daher zu. — Die Vorlage gelangt zur unveränderten Annahme.

Eine Entschließung des Abg. Walchlein auf Abänderung der Entwertungsordnungen wurde vom Unterstaatssekretär Schiffer bestritten. Die Sache sei im Flug und werde geprüft. Die Anregungen der Antragsteller würden berücksichtigt werden. — Die Entschließung Walchlein wurde daraufhin abgelehnt.

Der Ausschuß ging hierauf zum Umsatzsteuergesetz über. Eine allgemeine Ausdrücke wurde im gegenwärtigen Augenblick nicht für nötig gehalten, vielmehr will man erst die Einzelfragen klären.

Zum § 1 führt Reichsminister Abg. Dr. Tund (natl.), aus daß der Zweck der Steuer sei, abgewälzt zu werden. Personen aber, die nur vorgeschriebene Gebühren erheben dürfen, z. B. die Rechtsanwältin, könnten dies nicht.

Unterstaatssekretär Schiffer: Nicht jede Tätigkeit des Rechtsanwalts ist ein Geschäftsgewerbe. Eine Sicherheit, daß die Steuer in jedem Einzelfalle abgewälzt werden soll, ist nicht gegeben und auch nicht beabsichtigt. Die Beträge seien auch so niedrig, daß Bedenken aus irgendwelchen Unannehmlichkeiten, die sie verursachen können, nicht durchschlagend sind, daß man aus diesem Grunde auf die Leistung verzichten müsse.

Abg. Graf Westarp (konl.) wandte sich gegen die Veranlagung aus dem Umlage der Steuer, die sehr schwierig sei und nur Verleger verursachen werde. Abg. Walchlein (Sp.) begründete seinen Antrag, die Leistungen aus Steuer absetzen zu lassen, mit der Forderung, daß ein selbständige geschäftliche Tätigkeit; es handelt sich hier um eine Brutto-Einkommensteuer, und zwar ausschließlich vom Arbeitsentlohn. Nicht das fundierte, sondern das unfundierte werde vorbelastet. Das aber sei sozial falsch.

Reichshaussekretär Graf Nothmann wandte sich gegen den Antrag, der nur die Lieferungen nach der Besteuerung unterwerfen, die Leistungen aber aus der Besteuerung der Umlage herausnehmen will. Dadurch würden die Erträge der Steuer sehr herabgemindert werden. Schätzungen seien gemiß sehr schwer, aber mit einem Ansatz von 100 Millionen Mark müsse man bei Herauslösung der Leistung wohl rechnen. Dazu komme, daß in vielen Betrieben Lieferungen und Leistungen nebeneinander hergingen, so daß eine getrennte Behandlung in der Zuschätzung schwer möglich sei. Auch gebe es große Lohn-Industrien (Druckereien, Färbereien und Webereien), bei denen eine Befreiung von der Umsatzsteuer in keiner Weise gerechtfertigt wäre. Die freien Berufe spielten nur eine geringe Rolle.

Abg. Bernstein (U. So.): Wir sind und bleiben grundsätzliche Gegner der Umsatzsteuer. Das Gesetz richtet sich nur der Form nach gegen den Umlage, in Wirklichkeit gegen den Verbrauch. Die Abwälzungsmöglichkeiten sind den schwachen Erbkäufen nicht in gleichem Maße gegeben wie den starken. Das gilt auch für die freien

Berufe und für die Steuerpflicht auf Leistungen. Verbesserungen werden wir zumutigen, das Gesetz selbst lehnen wir ab. Abg. Gohlsch (So.): Tatsächlich handelt es sich in den meisten Fällen im Grunde genommen um eine Verbrauchssteuer. Die Belastung des Berufslebens wird zu einer bedeutenden Umänderung unseres gewerblichen Lebens führen, die sozial und technisch durchaus nicht wünschenswert ist. Zum mindesten sollte man die schon vorhandenen Belastungen zur Konzentrierung nicht noch durch steuerliche Maßnahmen stärken. Wir haben, um dies zu verhindern, einen entsprechenden Antrag gestellt, das heißt wir wollen, daß die Leistungen aus dem Gesetz herausgehoben, was der

Genehmigung der freien Berufe scheint ja nach den letzten Worten dem Schatzsekretär selbst nicht viel zu liegen. Wir müssen uns über diese Frage verständigen. Die Zustimmung des Verkehrs sollte man möglichst schonen und lieber beim Uebertrage des Verbrauchs ordentlich zugreifen.

Unterstaatssekretär Schiffer: Die Regierung ist überzeugt, daß die vorgeschlagenen Steuern die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens nicht berühren. Der Ertrag der Steuer ganz erheblich schmälern. Auf die Entminderung der Konzentration wirken so viele Umstände ein, daß der Umsatzsteuer eine ausschlaggebende Bedeutung nicht beigemessen werden kann. Das Verhältnis zwischen Stoff und Arbeit ist so überaus schwierig, daß der Versuch einer getrennten Behandlung zu einer untragbaren Komplikation führen würde. Die Herausnahme der freien Berufe würde die Wirtschaft beeinträchtigen. Wäre nicht die Kernenergie vorzusagen, niemand würde an der Heranziehung der Leistungen Anstoß nehmen.

Abg. Erzberger (Zentr.): Wir brauchen das Geld und können nicht so ohne weiteres auf 100 Millionen verzichten. Aber die Beschränkung auf die Leistung ist eine geschäftliche Tätigkeit ist unzulässig. Die Einwirkung der Umlagesteuer auf die Konzentration eines Gewerbes darf nicht zu leicht genommen werden. Das Gesetz wird den Zusammenstoß fördern, was die wirtschaftliche Umlagesteuer zu sparen. Dafür müssen Sicherungen geschaffen werden.

Abg. Reil (So.): Wir entscheiden uns der Verpflichtung nicht, den Geldbetrag des Reichs zu decken. Über das nun jede Steuer genau den vorgeschriebenen Betrag, die Umsatzsteuer z. B. 200 Millionen Mark, bringen müßte, ist nicht einzugehen. Wieviel hofft denn der Staatssekretär

aus den Besteuerungen herauszubringen? Das müssen wir zunächst einmal wissen. Wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Besteuerung des Verbrauchs, aber die Besteuerung darf nur den Verbrauchs über ein Mindestmaß hinaus treffen. Die vorliegende Steuer ist auf einer ganz anderen Grundlage aufgebaut; sie ist ganz neu und wird der Neubildung der Preise in der Lieberungszeit entgegenwirken. Wir sind für die Herausnahme der Leistungen, um eine Fülle von Unstimmigkeiten damit zu beseitigen.

Abg. Reithaus (natl.): Die Steuer hat den Vorzug der Einfachheit, aber sie führt die Tendenz, bei geringem Nutzen einen möglichst hohen Umlage zu erzielen. Die verschiedenen Artikel werden ganz ungleich getroffen, und zwar nicht nur in der Höhe, sondern auch die verschiedenen Betriebe werden ungleich belastet. An der einen Stelle wird die Steuer kaum gespürt werden, an der anderen wird sie geradezu unzulässig wirken. Die Entminderung zum Zusammenstoß wird wesentlich vermindert. Das ist nur ausnahmsweise wünschenswert. Die Ergebnisse an Steuern bietet hierzu aber einen starken Anreiz über den eigentlichen materiellen Vorteil hinaus. Ohne den Scheitelpunkt werden die Erträge der jetzigen Umsatzsteuer bereits wesentlich höher sein. Eine erhöhte Umsatzsteuer aber wird zur Aufrechterhaltung des Scheitelpunktes beitragen.

Reichshaussekretär Graf Nothmann: Die Anregung, auch die Gestalter und Verbindungen zur Umsatzsteuer heranzuziehen, verdient den Zweck des Gesetzes. Dadurch würden Personen getroffen werden, die die Steuer nicht abwälzen können und wir würden in das Gebiet der Einkommensteuer hineingeraten. Das Reichshaus hat keine Neigung, dieser Ausdehnung der Steuer zuzustimmen.

Der Ausschuß vertrat die oben angeführte Freitrag. Am Sonnabend vormittag wird sich der Ausschuß in Anwesenheit von Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Reichsministeriums über die

Vorgänge in Wien beschäftigen. Aus der Mitte des Ausschusses wurde nochmals der Wunsch nach Anwesenheit des Reichskanzlers geäußert.

### Das Biersteuergesetz.

Der Reichstagsausschuß für das Biersteuergesetz trat am Donnerstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zum Vorsitzenden wurde Abg. Dr. Bremer (Sp.) gewählt. In einer allgemeinen Ausdrücke wurde von sozialdemokratischer Seite eine Ueberblick über die Lage des Brauereigewerbes verlangt.

Abg. Freiherr von Camp (D. N.) trat für eine Ueberänderung der Steuerstaffel und für die Befreiung des Konigstempels während der Uebergangszeit ein. Ferner will er 100 000 Mark zur technischen und wissenschaftlichen Förderung des Brauereigewerbes und 300 000 Mark alljährlich zur Verbesserung der Betriebsbedingungen der kleineren Brauereien verwenden.

Von sozialdemokratischer Seite wurde auf die Notlage des Gastmirtsgewerbes hingewiesen, die durch eine weitere Verteuerung des Bieres noch erhöht würde. Das Bier, das jetzt noch hergestellt werde, sei nur braunes Wasser, und die Verbraucher werden es sich überlegen, für dieses gerade Wasser noch höhere Preise zu bezahlen als bisher schon.

Ein nationalliberaler Abgeordneter sagte an, die Steuer erst dann zu erhöhen, wenn die Befreiung der Brauereien mit Werke wieder eine gewisse Höhe, etwa 50 Prozent des Friedensstandes erreicht haben würde.

Ein fortgeschrittlicher Abgeordneter führte aus, daß tatsächlich heute nur Wasser verkauft werde. Man solle mit der Steuer warten, bis die Brauereien wieder mit Werk befestigt werden können. Wichtig sei eine Festlegung des Begriffes, was eigentlich Bier sei, damit der Verbraucher für sein Geld auch wirklich Bier erhält.

Ein bündischer Zentrumsaabgeordneter lehnte eine Hinausschiebung der Besteuerung bis zur Befreiung der Brauereien mit Werk ab, weil damit das Gesetz überhaupt wirkungslos gemacht werde. Selbstverständlich müsse der Mittelstand im Brauereigewerbe erhalten bleiben, die Großen dürften die Steuern nicht aufheben. In Bayern solle das Bier, Bier heute noch 3 Pfennig und auf dem Lande sogar nur 2 Pfennig. Damit möge man die norddeutschen Bierpreise vergleichen. Was in Süddeutschland gehe, müsse überall in Deutschland durchführbar sein.

Nächste Sitzung: Freitag.

### Ein französisches U-Boot gesunken.

Paris, 1. Mai. (Havas.) Beim Zusammenstoß eines handelschiffes mit dem U-Boot „Fratriciel“ ist der U-Boot gesunken. Ein Teil der Besatzung ist gerettet.